

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 17. Juli 1961

Blatt 1585

Bürgermeister Franz Jonas:

Ablösewucher und Bodenspekulation feiern Exzesse!
=====

17. Juli (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 16. Juli, über Ablösewucher und Bodenspekulation.

Der Bürgermeister führte aus: "In den vergangenen zwei Wochen haben die letzten Sitzungen des Nationalrates und des Bundesrates vor den Sommerferien stattgefunden, in denen noch einige sehr wichtige Bundesgesetze beschlossen wurden. Doch für jene, die sich für die Probleme des Wohnungswesens verantwortlich fühlen, endete die Session des Parlaments allerdings wieder mit einer Enttäuschung. Für die versprochene Erweiterung des Wohnungsbaues wurde nicht vorgesorgt, das versprochene Assanierungsgesetz und das Bodenbeschaffungsgesetz wurden nicht einmal noch in Angriff genommen und die zugesagten Abhilfen gegen den Ablösewucher bei Wohnungen sind weiterhin nur auf dem Papier geblieben.

Die Notwendigkeit solcher Gesetze wird von niemandem bestritten. Als am 17. Juli 1959 Bundeskanzler Raab im Namen der Neubestellten Regierung die Regierungserklärung vor dem Nationalrat abgab, teilte er mit, daß die neue Bundesregierung sich zum Ziele gesetzt habe, an Stelle der bisher rund 40.000 Wohnungen, möglichst schon vom nächsten Jahr an 50.000 pro Jahr zu bauen. Im gleichen Zusammenhang versprach die Regierungserklärung, daß gegen den Wohnungswucher und die Wohnungsablösen

./.

gesetzliche Regelungen angestrebt werden und ein Bodenbeschaffungsgesetz und ein Assanierungsgesetz beschlossen werden sollen. Morgen sind es genau zwei Jahre, seit die Regierungserklärung im Nationalrat abgegeben wurde, und zu meinem größten Bedauern muß ich feststellen, daß die versprochenen und angekündigten gesetzlichen Regelungen, sehr zum Schaden der Wohnungsuchenden, immer noch ausständig sind. Denn es ist kein Geheimnis, daß die Wohnungs- und die Bodenbeschaffungsprobleme in der Zwischenzeit an Bedeutung nichts eingebüßt haben, sondern im Gegenteil noch dringender geworden sind. Der Ruf nach mehr und besseren Wohnungen ist nicht schwächer geworden, der Ablösewucher bei freien Wohnungen in Privathäusern und die Bodenspekulation feiern weiterhin Exzesse. In den kleinen Anzeigen der Wiener Zeitungen werden wöchentlich tausende leere Wohnungen in Privathäusern angeboten und Ablösen bis zu 200.000 Schilling verlangt. Wenn es hie und da gelingt, einen Blick auf die Entwicklung der Bodenpreise tun zu können, dann glaubt man sich in die Goldgräberzeit zurückversetzt, als die Spekulation alles und die ehrliche Arbeit nichts war. Mir sind Fälle bekannt geworden, in denen die Bodenpreise innerhalb eines Jahres um 400 Prozent gestiegen sind. Ich weiß schon, daß diese Erscheinungen nicht nur bei uns in Österreich zu finden sind, sondern auch in anderen Ländern. Aber anderswo wehrt man sich gegen die Bodenspekulation um die Steuerzahler vor Belastungen zu schützen, die von niemandem verantwortet werden können. Dort hat man eben schon die Erkenntnis gewonnen, daß alle Bestrebungen zur Senkung der Baukosten nutzlos sind, wenn durch das Steigen der Bodenpreise die Baukosten wieder in die Höhe getrieben werden. In anderen Ländern gibt es eben schon Bodenbeschaffungsgesetze, Assanierungsgesetze, ja sogar Enteignungsgesetze. Dort wird die Stadtentwicklung nicht mehr von den Bodenspekulanten bestimmt, sondern von der Gemeinde auf Grund eines Entwicklungsplanes, der die wirklichen Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung berücksichtigt.

Ich bin über die Erscheinungen der Boden- und Wohnungsspekulationen tief beunruhigt, weil ich voraussehe, daß sie zu neuen Schwierigkeiten in der Wohnungsversorgung führen müssen, wenn nicht sehr rasch Abhilfe geschaffen wird. Es gibt keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Begründung für eine

weitere Verzögerung der von der Bundesregierung versprochenen Gesetze. Ich muß auch ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Zusagen in der Regierungserklärung an keine Bedingung gebunden wurden und deshalb ihre Verknüpfung mit einer Erhöhung der Mietzinse - wie dies von den Hausbesitzerverbänden jetzt gefordert wird - im Widerspruch zur Regierungserklärung steht. Die Hausbesitzerverbände begründen ihre Forderung damit, daß niemand bereit wäre neue Wohnungen zu bauen, solange die Mietzinse nicht erhöht werden. Diese Behauptung ist völlig unrichtig, denn die Mietzinse in neuen Wohnhäusern sind überhaupt keiner Regelung oder Beschränkung unterworfen, sie werden nach dem Rentabilitätsprinzip berechnet und sind deshalb auch entsprechend hoch. Es hat sich bisher nur gezeigt, daß es nicht ganz leicht ist, Wohnungen mit so hohen Mieten an den Mann zu bringen. Mit Vorliebe werden sie dann zahlungskräftigen Ausländern angeboten.

Seit dem zweiten Weltkrieg wurden durch den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds in Wien 10.000 kriegszerstörte Wohnungen aufgebaut. Von der Gemeinde Wien und den Siedlungs- und Baugenossenschaften wurden zehntausende neue Wohnungen errichtet. Trotz dieser großen Leistungen sind noch immer sehr viele Wohnungsbedürfnisse nicht befriedigt. Ich habe schon bei anderen Anlässen darauf hingewiesen, daß die Mieter von alten und ungesunden Wohnungen endlich in bessere Wohnverhältnisse kommen wollen, und daß deshalb der Wohnungsbau nicht eingeschränkt werden darf, sondern verstärkt werden sollte, und daß auch die Modernisierung der Althauswohnungen beschleunigt durchgeführt werden müsse. Wie groß der Wohnungsbedarf noch ist, mögen Sie allein aus der Tatsache erkennen, daß bei der zuständigen Magistratsabteilung 39.900 Wohnungsuchende gemeldet sind, darunter 11.380 sehr dringende Fälle. Wer würde da nur zu behaupten wagen, daß die Wohnungsfrage nicht mehr wichtig sei und daß man die Wohnungsuchenden ihrem Schicksal überlassen könne? Wir müssen die Tatsache zur Kenntnis nehmen, ob es uns paßt oder nicht, daß bei den heutigen Baupreisen viele Wohnungsbedürftige ihre Sorgen aus eigener Kraft nicht lösen können, besonders dann, wenn es sich um kinderreiche Familien handelt oder um junge Ehepaare. Deshalb kann auf gesetzliche Regelungen und auf das Eingreifen und Mitwirken der öffentlichen Hand nicht verzichtet werden.

Ich freue mich, daß vor ganz kurzer Zeit diese Tatsachen auch von einem öffentlichen Gericht in Österreich gewürdigt wurden. Das Oberlandesgericht Wien hat in einem Berufungsverfahren eine Entscheidung getroffen und in der Begründung hierfür unter anderem folgenden Satz angeführt: "Die moderne Rechtsprechung, beginnend mit dem Mietengesetz, hat nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen Ländern den Grundgedanken anerkannt, daß die Wohnung zu den lebensnotwendigen Dingen gehört und daher der Rechtsverkehr mit Wohnungen nicht dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen werden darf, sondern Beschränkungen zu unterwerfen ist." Diese Feststellung des Oberlandesgerichtes Wien ist eine nutige Anklage gegen den Wohnungswucher, dem die Bedürfnisse und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Wohnungsuchenden völlig gleichgültig sind, und gegen den Gedanken, daß man die Wohnung wie eine Ware im landläufigen Sinne behandeln kann.

Die versprochene Ausweitung des österreichischen Wohnbauprogramms von jährlich 40.000 auf 50.000 Wohnungen konnte bisher nicht durchgeführt werden, weil man sich über die Beschaffung der notwendigen Geldmittel nicht einigen konnte. Ich bin der letzte, der diese Geldschwierigkeiten verkennt. Aber wenn es schon nicht möglich war, das jährliche Bauprogramm um 10.000 Wohnungen zu vermehren, warum hat man nicht als ersten Schritt wenigstens den Versuch gemacht, es beispielsweise um 5.000 zu erhöhen? Auch damit wäre schon ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot geleistet worden und die Wohnungsuchenden hätten wenigstens das Gefühl, daß tatsächlich alles Menschenmögliche getan wird, um ihnen zu helfen. Aber so sind jetzt zwei Jahre vergangen und statt der versprochenen Mehrleistung von zweimal 10.000 Wohnungen ist nichts geschehen.

Manchmal höre ich auch die Behauptung, es sei gar nicht möglich, das jährliche Wohnbauprogramm um 10.000 Wohnungen zu vergrößern, da die Kapazität der Bauwirtschaft ohnedies zur Gänze ausgenützt ist und man deshalb weltfremd sei, wenn man von ihr eine höhere Leistung verlange. Auch dieses Argument kann ich nicht anerkennen! Es ist doch allgemein bekannt, daß die Leistungsfähigkeit unserer Bauwirtschaft nach dem zweiten Welt-

krieg, wo sie anfänglich sehr gering war, von Jahr zu Jahr ununterbrochen gestiegen und heute auf einer Höhe ist, die man sich früher überhaupt nicht vorstellen konnte. Es wäre sonst nicht möglich gewesen, die anerkannt großen Wiederaufbauleistungen und die Errichtung so vieler großer Bauwerke zu erreichen. Ja, es ist wahr, daß die Bauwirtschaft im großen und ganzen voll ausgenützt ist, aber ebenso sicher ist, daß eine Erhöhung ihrer Kapazität durch weitere Rationalisierungen noch immer denkbar wäre. Das beweisen uns die Beispiele aus anderen Ländern. Bei uns in Österreich sind noch lange nicht alle Möglichkeiten der Rationalisierung und der besseren Ausstattung mit modernen Maschinen ausgeschöpft. Sie erinnern sich, daß ich erst vor wenigen Wochen darüber berichtet habe, daß die Gemeinde Wien in Zusammenarbeit mit französischen Patentinhabern einen Betrieb für die Erzeugung von vorfabrizierten Wohnhäusern errichten wird. Zu einem solchen Schritt hat sich die Gemeinde entschlossen, weil die private Bauwirtschaft es bisher unterlassen hat, diese Möglichkeit der Rationalisierung auszunützen. Der neue Betrieb soll die zusätzliche Erbauung von jährlich 1.000 Wohnungen ermöglichen, und zwar in einer kürzeren Bauzeit, wenn auch wahrscheinlich zu unveränderten Preisen.

Mit der Errichtung dieses Betriebes steigert die Gemeinde Wien ihre Leistungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Schon ihre bisherigen Bemühungen sind so groß, daß sie überall Anerkennung verdienen. Und wenn ich heute darüber neuerlich berichte, so nicht deshalb weil es sich hier allein um einen Erfolg der Gemeindeverwaltung handelt, sondern um ein Werk aller Wiener Steuerzahler. Ich halte diese Information schon deshalb für notwendig, weil es für die Wiener gut ist zu wissen, für welche Zwecke ihre Steuergelder verwendet werden. Im Rahmen des eigenen sozialen Wohnbauprogramms hat die Gemeinde bisher 63.000 Wohnungen erbaut und weitere 7.100 Wohnungen sind schon wieder in Arbeit. Um eine Vorstellung von der Größe dieser Leistungen zu haben, muß man sich vor Augen halten, daß in diesen 63.000 Wohnungen ungefähr die ganze Bevölkerung der Stadt Linz untergebracht werden könnte. Aber mit diesem Erfolg hat sich die Stadtverwaltung nicht zufrieden gegeben. Sie hat für die Förderung von genossenschaftlichen Wohnungen und Eigenheimen außerordentlich hohe

Darlehensbeträge zur Verfügung gestellt. So hat sie die Kredite des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds für Wiener Bauwerber mit Zusatzdarlehen von 593 Millionen Schilling ergänzt. Für jene Bauwilligen, die sich um Kredite nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 beworben haben, hat die Gemeinde Wien Darlehen in der Höhe von 1.027 Millionen Schilling gewährt. Im Rahmen der neuen Wiener Wohnbauaktion, die erst 1959 begonnen wurde, hat sie durch ihre Haftungserklärung und Anuitätenzuschüsse bereits die Flüssigmachung von 1.034 Millionen Schilling Sparkassenkredite ermöglicht. Die Gemeinde hat aber nicht nur für die Erbauung von neuen Wohnungen gesorgt. Sie hat eine Aktion für die Instandsetzung von privaten Wohnhäusern eingeleitet, um die alten und ungesunden Wohnungen zu modernisieren. Für diesen Zweck hat sie bisher den Betrag von 448 Millionen Schilling aufgewendet. Das ist eine Erleichterung nicht nur für die Hausbesitzer, sondern auch für die Mieter.

Ich weiß, daß es nicht in allen Kreisen populär ist, wenn ich immer wieder auf die Wohnungsnot hinweise, die Erbauung von zusätzlichen Wohnungen, Maßnahmen gegen den Wohnungswucher und die Erlassung eines Bodenbeschaffungsgesetzes und eines Assanierungsgesetzes verlange. Aber es geht um das Lebensglück von zehntausenden Familien und um die Zukunft unserer österreichischen Städte. Und deshalb kann unser Gewissen nicht zur Ruhe kommen, so lange wir nicht die Gewißheit haben, daß alles Menschennögliche getan wurde, um die Schwierigkeiten zu beseitigen und jede unnütze Belastung der Steuerzahler zu vermeiden.

Ich verabschiede mich nun von Ihnen und wünsche Ihnen viele Sommer- und Urlaubsfreuden. Meine nächste Sendung wird erst wieder im Herbst sein und ich hoffe, Sie dann wieder am Radioapparat anzutreffen!"

- - -

80. Geburtstag von Rudolf Oesterreicher
 =====

17. Juli (RK) Am 19. Juli vollendet der Schriftsteller Rudolf Oesterreicher das 80. Lebensjahr.

In Wien geboren, betätigte er sich als Operettenlibrettist, Lustspielautor, Verfasser von Kabarett-Texten und Biograph. Von 1945 bis 1947 war er Direktor des Stadttheaters. Vor dem ersten Weltkrieg sind seine Texte zu Chansons und seine humoristischen Gedichte sehr bekannt geworden. Der größte Erfolg war seinen Unterhaltungsstücken beschieden. Das beste von ihnen, "Der Garten Eden", wurde auf 200 deutschsprachigen Bühnen aufgeführt. Für Kálmán schrieb er den Text zur "Faschingsfee". Die Johann Strauß-Operetten "Das Spitzentuch der Königin" und "Eine Nacht in Venedig" wurden von ihm neu textiert. Auch zahlreiche Tonfilmtexte stammen von ihm. Rudolf Oesterreicher ist noch immer als Regisseur und als Berater in Theaterangelegenheiten tätig.

Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl haben ihm zu seinem Geburtsjubiläum herzlich gratuliert.

- - -

Fred Angermayer zum Gedenken
 =====

17. Juli (RK) Auf den 19. Juli fällt der 10. Todestag des Schriftstellers Fred Angermayer.

Am 7. Dezember 1889 in Linz geboren, ging er schon in frühen Jahren nach Berlin, wo er als freier Schriftsteller und Journalist bis 1944 lebte. Dann übersiedelte er nach Schlesien und kam 1948 nach Wien. Angermayer war ein außerordentlich fruchtbarer Autor. Sein Werk besteht aus 50 Bänden Dramen, Komödien, Schwänken, Volksstücken und Übersetzungen. Er begann als Expressionist, wandte sich aber später dem historischen Schauspiel und dem bauerlichen Volksstück zu. Auf diesen Gebieten hatte er den größten Erfolg. Sein Anti-Mussolini-Stück "Flieg, roter Adler von Tirol!" ging über zahlreiche deutsche Bühnen.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Die Jury, die sich mit den für den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses eingereichten Wettbewerbsprojekten beschäftigt, wird morgen ihre Arbeit beenden. Aus diesem Anlaß findet noch morgen eine Pressekonferenz statt, zu der Sie herzlich eingeladen sind.

Treffpunkt: Dienstag, 18. Juli, 15 Uhr, Palais Liechtenstein, 9, Fürstengasse 1, in der neuen Glashalle des Bau-
zentrums.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"
=====

17. Juli (RK) Dienstag, 18. Juli, Route 3 mit Besichtigung der Assanierung von Alt-Ottakring, der Baustellen Wilhelminenspital und Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig, des Jugendgästehauses Hütteldorf-Hacking und des Verkehrsbauwerkes Südtiroler Platz sowie anderer städtischer Einrichtungen und Wohnhausanlagen. Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 14 Uhr.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 17. Juli
=====

17. Juli (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 67 Kühe. Neuzufuhren Inland: 136 Ochsen, 176 Stiere, 351 Kühe, 105 Kalbinnen, Summe 768. Neuzufuhren Jugoslawien: 29 Kühe, Polen: 16 Stiere, 10 Kühe, Summe 26, Rumänien: 20 Kühe, Ungarn: 12 Stiere, 8 Kühe, Summe 20. Gesamtauftrieb: 136 Ochsen, 204 Stiere, 485 Kühe, 105 Kalbinnen, Summe 930. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 10.70 bis 12.80 S, extrem 13 bis 13.50 S, Stiere 11.50 bis 12.90 S, extrem 13 S, Kühe 7.50 bis 10.20 S, extrem 10.30 bis 10.80 S, Kalbinnen 10.20 bis 12 S, extrem 12.10 bis 12.60 S, Beinlvieh Kühe 6.70 bis 8 S, Ochsen und Kalbinnen 8.80 bis 10 S.

Jugoslawische Kühe, Preis 9.50 bis 9.70 S, polnische Stiere, Preis 12.30 bis 12.50 S, polnische Kühe, Preis 8.60 bis 9 S, rumänische Kühe 8.40 bis 9.30 S, ungarische Stiere 12 bis 13.20 S, ungarische Kühe, 9.30 bis 11 S.

Bei Qualitätsverschlechterung erhöhte sich der Durchschnittspreis für Inlandrinder bei Ochsen um 22 Groschen, bei Stieren um 31 Groschen, bei Kühen um 10 Groschen und ermäßigte sich bei Kalbinnen um 49 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: für Ochsen 11.83 S, für Stiere 12.29 S, für Kühe 9.20 S, für Kalbinnen 11.06 S, Beinlvieh verteuerte sich bis zu 30 Groschen je Kilogramm.

In der Zeit vom 8. bis 14. Juli wurden 243 Rinder außer Markt bezogen.

- - -